



DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**
NRW



Gemeinsame Presseinformation

05.02.2026

Düsseldorf, 05. Februar 2026

Tarifrunde der Länder: Landesweiter Warnstreik und Großdemo in Düsseldorf

Gemeinsam rufen die nordrhein-westfälischen DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP sowie der DBB NRW mit dem dbb beamtenbund und tarifunion im Rahmen der laufenden Auseinandersetzung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu einem landesweiten Warnstreik auf. Am **10. Februar 2026** kommen Streikende aus Schulen, Unikliniken, der Polizei, Behörden, Justiz und weiteren Teilen der Landesverwaltung in Düsseldorf zu einer Großdemonstration zusammen. Damit erhöhen die Gewerkschaften vor der dritten Verhandlungsrounde (ab dem 11. Februar) in Potsdam den Druck auf die Arbeitgeberseite, ihre Blockadehaltung aufzugeben und mit einem echten Angebot an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Auf der gemeinsamen Großkundgebung vor dem NRW-Landtag werden Frank Werneke, Vorsitzender ver.di, sowie Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion als Redner erwartet.

Frank Bethke, stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di NRW: „Seit Jahren sparen die Länder am Personal, während die Aufgaben wachsen – das ist brandgefährlich. Rund 600.000 unbesetzte Stellen zeigen: Wer den öffentlichen Dienst kaputtspart, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein starker öffentlicher Dienst ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für einen funktionierenden demokratischen Staat.“

Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Ohne konkurrenzfähige Bezahlung verlieren wir die Menschen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten. Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus. Sie sind elementare Voraussetzung für funktionierende Sicherheit und Infrastruktur, Schulen, Kliniken, Finanz- und Justizverwaltungen. Hier steht die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der Verantwortung. Öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nicht mit Beschäftigten am Limit, sondern nur mit einer hohen Motivation durch Respekt und gute Entlohnung.“

Ayla Çelik, Vorsitzende GEW NRW: „Die Missstände im öffentlichen Dienst sind real und sie sind Alltag. Wir erleben Personalmangel, überlastete Schulen, unterbesetzte Verwaltungen und Hochschulen im Dauerkrisenmodus. Befristung dort, wo Dauerarbeiten erledigt werden. Unterbezahlung dort, wo Verantwortung wächst. Deshalb sage ich: 7 Prozent mehr Gehalt - mindestens 300 € - Das muss drin sein.“

GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlueter: "Auf die Polizei und ihre Beschäftigten ist Verlass, auf die Arbeitgeber ganz offensichtlich nicht. Darum machen wir Druck! Darum gehen auch Tarifbeschäftigte der Polizei an diesem Tag in den Warnstreik. Mit Innenminister Reul haben wir eine Notdienstvereinbarung geschlossen, klar ist aber: Durch den Warnstreik wird Arbeit liegenbleiben. Die Arbeitgeber erkennen den Ernst der Lage! Gute Arbeit verdient eine faire Bezahlung – dafür macht sich die GdP stark!"



DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
GEW
NRW



Gemeinsame Presseinformation

05.02.2026

Veranstaltungsdetails: Dienstag, 10. Februar 2026

Ab 11 Uhr:

- Auftaktkundgebung von ver.di NRW, GEW NRW und GdP NRW auf den Rheinwiesen (Oberkassel)
- Auftaktkundgebung des DBB NRW mit dbb beamtenbund und tarifunion in der Jägerhofstraße in unmittelbarer Nähe des Finanzministeriums

Ab 12 Uhr:

- Start der Demonstrationszüge, Vereinigung der Demonstrationszüge Höhe Graf-Adolf-Platz

Ab 13 Uhr:

- Gemeinsame Großkundgebung vor dem Landtag auf der Landtagswiese. Es sprechen Frank Werneke, Vorsitzender ver.di und Volker Geyer, dbb Bundesvorsitzender

Forderungen der gewerkschaftlichen Verhandlungsführer im Einzelnen:

- Gute Arbeit verdient eine gute Bezahlung: 7 Prozent, mindestens 300 Euro mehr.
- Arbeit zu Zeiten, die besondere Flexibilität verlangen oder auch einfach besonders erschöpfend sind, wie Nachtarbeit, verdient einen Ausgleich: Erhöhung der Zeitzuschläge um 20 Prozentpunkte.
- Die Zukunft des öffentlichen Dienstes seid Ihr und sind vor allem die zukünftigen Beschäftigten: 200 Euro mehr für Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten sowie die unbefristete Übernahme bei erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.
- Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

Zudem setzen sich die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in NRW für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen ein.

Pressekontakte vor Ort:

- Lisa Isabell Wahr (ver.di NRW): 0160 90406939
- Marcus Michel (DBB NRW): 0151 15188533
- Steffi Klaus (GEW NRW): 0160 96403751
- Holger Dumke (GdP NRW): 0172 2774715